

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Bezugsliste Nr. 4069 a, nächster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Donnerstag den 16. Juni 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 14. Juni 1904.

Münzgesetznovelle. — Logobahn.

Der Reichstag erledigte in dem ersten Teile seiner Sitzung die Münzgesetznovelle in dritter Lesung. Der Streit drehte sich wieder um den in den früheren Lesungen angenommenen Beschluß, mehr Talerstücke als bisher auszugeben. Die Regierung erklärte den Beschluß für unannehmbar. Die Freisinnigen bekämpften ihn als Durchbruch des Dezimalsystems, das Zentrum fiel gehörig um und wollte sich auf eine zahme Resolution beschränken, aber die Mehrheit, zu der auch wir gehörten, hielt den Beschluß aufrecht und nahm die Novelle endgültig in dieser Form an, sodaß das ganze Projekt gescheitert sein dürfte.

Lebhafte wurde die Debatte beim zweiten Gegenstand der Beratung, der Logobahn-Anleihe. Die Regierungsvorlage hatte eine besondere Kolonial-Anleihe aufnehmen wollen, um darüber hinwegzulassen, daß doch schließlich die deutschen Steuerzahler die Kosten zu tragen hätten. Die Kommission hatte diese Scheu überwunden, und alle Parteien, außer der Freisinnigen Volkspartei und uns selbstverständlich, hatten dem Entwurf ihre Zustimmung gegeben. In der heutigen Debatte wies Genosse Ledebour nach, daß es sich bei der ganzen Bahnvorlage nur um ein Projekt zu Gunsten der Deutschen Logogesellschaft handele, die schon jetzt in ihren Prospekten den Teilhabern fetter Profite in Aussicht stelle. Diese Gesellschaft hat aber den Eingeborenen das Land zu dem ungläublich geringen Preise von 6 Pf. pro Hektar abgenommen — „gekauft“ nennt man das — und dadurch die schwarzen Stämme an den Rand des wirtschaftlichen Verderbens gebracht, das früher oder später zu blutigen Aufständen führen muß. Deshalb forderte unsere Fraktion, daß den Eingeborenen das Land zurückgegeben werde, während die bürgerlichen Parteien sich damit begnügten, von der Reichsregierung zu verlangen, daß sie für die Zukunft derartigen Verträgen vorbeugen solle. Das ist natürlich völlig nichtsagend; denn die Logogesellschaft hat eben schon ungeheure Landstrecken in ihren Besitz gebracht. Trostlos wurde unsere Resolution gegen unsere Stimmen abgelehnt. An der Vorlage selbst übten Genosse Ledebour und der Abg. Eugen Richter scharfe Kritik. Sie verlangten, daß die Interessenten selbst die Kosten für die nur ihnen nützende Bahn aufbringen sollten, zeigten das Wertlose eines solchen „Zylinderhuts“, während man noch nicht einmal ein „paar Hosen“ für die Kolonien hätte, d. h. ein gut ausgebautes Wegenetz. Über die Mehrheit ließ sich nicht befehlen. Mit 148 gegen 68 Stimmen wurde die Vorlage angenommen.

Im Einklang wollte dann die Mehrheit auch noch die Vorlage für den Bau der ostafrikanischen Bahn durchpfeifen; aber der entschlossene Widerstand der Linken hinderte sie daran. Dafür wird der Reichstag morgen schon um 12 Uhr seine Beratungen wieder aufnehmen. Er soll nicht weniger als folgende Kleinigkeiten erledigen: 1. Beratung zweier Nachtragsartikel für Südwestafrika; 2. die ostafrikanische Bahn; 3. die Interpellation Auer wegen des preussischen Kontraktirungsgesetzes; 4. die zweite Lesung des Serbistatutes; 5. die dritte Lesung der Kaufmannsgerichte. Man wird zugeben müssen, daß es ein bisschen viel ist, aber Donnerstag soll es in die Ferien gehen; da heißt es eben eilen.

97. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr von Stengel, Dr. Stübel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Münzgesetznovelle.

Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel: Die vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossene Ausprägung von Dreimarkstücken als Reichsilbermünze würde nach der Aufstellung des Bundesrats nur dann in Frage kommen können, wenn hierfür ein dringendes Verkehrsbedürfnis vorläge. Dies ist aber nicht nachgewiesen worden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß auch nach Einziehung der Taler durch Ausprägung von Fünf-, Zwei-, Ein- und Unerthalb-Markstücken dem Bedürfnis nach Silbermünzen Rechnung getragen werden kann. Wenn der Reichstag auf seinem Beschluß beharren sollte, so wäre die Vorlage für den Bundesrat unannehmbar. Damit wäre auch die seit Jahren als dringendes Bedürfnis empfundene Verbesserung der Fünfzigpfennigstücke als gescheitert zu betrachten. Ich bemerke noch, daß die in erheblichem Umfange beabsichtigte Ausprägung neuer Fünfzigpfennigstücke sich nicht mehr verschieben läßt, und möchte daher den Reichstag in letzter Stunde dringend bitten, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Stübel (Fp.) begründet seine Anträge: 1. Die Dreimarkstücke aus der Reihe der auszugebenden Münzen zu streichen. 2. Das neue Fünfzigpfennigstück auf der Rückseite mit einem kleinen, von einem Eisenkranz umrahmten

Reichsadler zu versehen. (Redner bleibt im Einzelnen bei der großen Unruhe des Hauses unverständlich.)

Präsident Graf v. Helldorf bittet wiederholt um Ruhe. Meine Herren, Sie sind etwas vorzeitig; wir sind noch nicht in den Ferien. (Gr. Heiterkeit.)

Vom Abgeordneten Kirsch (Z.) ist (für den Fall der Annahme der Anträge Stengel) eine Resolution eingegangen, die die verbündeten Regierungen ersucht, die Ausprägung von silbernen Dreimarkstücken und eine entsprechende Aenderung des Münzwesens in Betracht zu ziehen.

Dr. Arent (Fp.) bedauert die Erklärung des Staatssekretärs, da der Beschluß, neue Taler zu prägen, im ganzen Reiche freudig begrüßt worden sei. Ich bitte den Staatssekretär, wenigstens zur Beruhigung des Publikums zu erklären, daß die Umprägung der Taler nicht in der bisherigen Weise weiter erfolgen wird.

Reichschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Da der Artikel 4 des Münzgesetzes der Forderung des Redners entgegensteht, kann ich leider eine Zusage in dieser Richtung nicht machen.

v. Strombeck (Z.) stellt Erwägungen darüber an, ob man das Fünfmarkstück durch Vermehrung des Silbergehalts oder eine Beimischung von Gold kleiner machen könne.

Kämpf (Fp.) weist aus den Zahlen der Reichsbank nach, daß die Fünfmarkstücke in weit höherem Maße vom Verkehr zurückgehalten werden, als die Dreimarkstücke. Diese allgemein unbefriedigenden Zahlen könnten allein zu einem abschließenden Urteil führen, nicht die Verallgemeinerung von einzelnen Erfahrungen, die jeder gemacht habe. Die Ausprägung eines neuen Dreimarkstücks würde das bisher klare durchsichtige Münzsystem verwirren und verdunkeln. Infolgedessen lehnen meine Freunde sie ab. (Bravo! links.)

Naab (Antij.) erklärt, daß seine Freunde bei den Beschlüssen zweiter Lesung stehen bleiben werden.

Sindermann (Z.): Wir werden an den Beschlüssen zweiter Lesung festhalten. Wenn immer gesagt wird, der Taler passe nicht in das Dezimalsystem hinein, und die Regierung werde nicht wissen, wie sie uns Diäten zahlen solle, so wird diesem Mißstande mit 10 Talerstücken leicht abzuhelfen sein. (Gr. Heiterkeit.)

Oel (Z.) tritt für die Beschlüsse zweiter Lesung ein, desgleichen Bartling (Z.).

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion wird das Wort nicht verlangt. Der Antrag Stengel (Fp.) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, eines Teils der Nationalliberalen und des Zentrums abgelehnt, das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung.

Es folgt die zweite Beratung der Logobahn-Anleihe.

Die Kommission beantragt Annahme der Vorlage sowie einer Resolution, laut der die Eingeborenen bei Landkäufen nicht geschädigt werden sollen und der Inhalt solcher Verträge dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden soll.

Ein sozialdemokratischer Antrag Auer und Genossen ersucht um Annullierung der dem Landwerb der Logogesellschaft zu Grunde liegenden Kaufverträge, die dem Gemeinheitsrecht der Eingeborenen widersprechen und um Rückführung in den Stammesbesitz der Eingeborenen.

Richter (Fp.): Der Baumwollbau in Logo, von dem jenseitig Aufhebens gemacht wird, berechtigt weder der Qualität noch der Quantität nach zu besonderen Erwartungen und rechtfertigt auf keinen Fall den Bau einer Eisenbahn für 8 Millionen auf Reichskosten. Dazu kommt, daß 90 Kilometer der 130 Kilometer langen Strecke sehr wasserarm sind. Was das bedeutet, haben wir bei der südafrikanischen Bahn leider erst zu spät erfahren. Rentabilitätsberechnungen vorzulegen hat man wohlweislich diesmal unterlassen. Bisher haben sich ja auch alle solche Berechnungen als vollständig trügerisch erwiesen. Daß die Kolonien in diesem Jahre keinerlei Reichszuschuß brauchen, geht nur auf ein rechnerisches Kunststück zurück. Ob die Follerhöhungen auf die drei wertvollen europäischen Kultur- und Exportgüter Bannanweizen, Tabak und Schießpulver (Heiterkeit) wirklich besondere Mehreinnahmen ergeben, das soll auch noch erst abgewartet werden. Der Kolonialdirektor hat ja mit dem Mute, mit dem die Löwin für ihr Junges kämpft, in der Kommission dafür gestritten, daß die 8 Millionen in Form einer besonderen Kolonialanleihe aufgebracht würden. Aber schließlich kommen wir bei Reichsanleihen doch billiger zu dem Gelde. Kamerun ist 1892 eine ähnliche Anleihe für Bauten gegeben worden. Seit Jahren stehen anstelle der Rückzahlungsummen im Etat nur Striche und Punkte (Heiterkeit), genau so wird es hier gehen. Warum bringen denn, wenn die Ausichten so günstig sind, die Interessenten nicht selbst das Geld auf? Die 700000 Mk., die sie für Baumwollkulturen aufgewandt haben, haben sie zum Teil noch auf dem Wege einer Wohlfahrtslotterie für die Kolonien, also durch Anreizung der Spielwut aufgebracht. (Hört! Hört! links.) Für den gleichen Zweck haben die englischen Interessenten 12 Millionen aufgewendet. Wenn jemand, so haben die kapitalmächtigen Baumwollkönige kein Recht, an die Gesetzgebung zu appellieren. Gerade jetzt, wo der Reichskredit täglich in Anspruch genommen wird, wo anerkannt dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, werden wir für derartig zweifelhafte Unternehmungen kein Geld aus der Reichskasse bewilligen. (Lebh. Bravo! links.)

Dr. Arent (Fp.): Diese Melodie hat uns der Abg. Richter schon oft vorgetragen. Ganz abgesehen von der

Baumwollkamilität müssen wir sehen, einen Teil unseres 300-Millionen-Bedarfes an Baumwolle im eigenen Lande zu decken. Englands Parlament hat für den gleichen Zweck 20 Millionen bewilligt. Das Privatkapital müssen wir erst an unsere noch jungen Kolonien gewöhnen. Die Gründe des Abg. Richter gegen die Kolonialbahnen erinnern an die einst gegen die Eisenbahnen an sich vorgebrachten. Gerade Logo, das schon 1/2 Million Ueber-schub liefert, können wir die Mittel zu weiterer wirtschaftlicher Entwicklung nicht verweigern. Der deutsche Reichstag wird sich durch Annahme dieser Vorlagen ein Verdienst um das Vaterland erwerben. (Bravo! rechts.)

Ledebour (Z.): Die Interessententreise, die den Vorteil von der Bahn haben, mögen auch die Mittel für sie aufbringen. Die einzelnen Staaten klagen über die große Belastung mit Matrifularbeiträgen. In Württemberg wird darum ein Eisenbahnbau abgelehnt und in demselben Augenblick sollen die deutschen Steuerzahler für eine Logobahn 8 Millionen Mark ausgeben? Statt für Eisenbahnen sollte man erst für gute Wege sorgen. Aber man macht es wie die Negerkönige, die zwar ohne Hosen, aber mit Zylinder herumlaufen. (Heiterkeit.) Die Bahngesellschaft hat bei ihren Angriffen die Eingeborenen über-rumpelt. Sie hat für den ha Land 6 Pfennig bezahlt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Säuglingen sind Geschenke gegeben worden. Das ist der Bassisch, von dem ja Geheimrat Budde im Pommeranien-Prozess sprach. (Heiterkeit.) Die Folge solcher Verträge kann nur sein, daß die Eingeborenen zum Aufstand getrieben werden. Redner befürwortet die Annahme der mitgeteilten Resolution Auer. Aus den Einwänden, die der Kolonialdirektor gegen unsern Antrag vorgebracht hat, geht klar hervor, daß die Kolonial-Verwaltung die Negers zu Kontrakten gewonnen hat, über deren Tragweite und Bedeutung sie kein Urteil haben. Ganze Negerbörger und sogar ganze Stämme werden durch die Abtretung eines zusammenhängenden Komplexes von 15000 ha Land vor die Gefahr der Existenzlosigkeit gestellt. Hinter dem ganzen System lauert die Plantagenzwangsarbeit der vorher landlos gemachten Eingeborenen, wie sich aus dem Prospekt der Gesellschaft deutlich ergibt. Durch den Bahnbau steigert die Gesellschaft noch die prä-dominierende Stellung, die sie in Afrika und Deutschland selbst einnimmt. Man hat die Eingeborenen in unqualifizierbarer Weise um ihr Land gebracht, um einzelne europäische Spekulanten zu bereichern. Dabei weiß man noch nicht einmal, ob Deutsche oder Engländer oder Belgier oder Franzosen aus dem Bahnbau Nutzen ziehen werden. Aus allen diesen Gründen müssen wir nicht nur auf Ablehnung des Bahnbaues, sondern auch auf Rückgabe des Landes der Gesellschaft an die eingeborenen Stämme bestehen. Nur auf diese Weise wird man blutige Aufstände vermeiden. Freilich hält man uns entgegen, daß in Logo schwach organisierte Stämme mit schlechten Waffen seien. Man braucht also nicht einen General hinzuschicken, sondern es genügt schon ein Major (Große Heiterkeit), aber die Schwäche der Stämme entbindet uns nicht davon, die Grundzüge der Gerechtigkeit ihnen gegenüber zu befolgen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Zu den Interessenten der Bahn, um die es sich hier handelt, gehören zweifellos auch die Arbeiter der Textilindustrie. Daher liegt auch ein sozialpolitisches Interesse für den Bahnbau vor. Dazu kommt, daß die Kolonie in der Lage ist, die Anleihe selbst zu verzinsen, ohne daß sie in den nächsten Jahren einen Reichszuschuß brauchen wird. Was die Resolution Auer anlangt, so habe ich umfangreiche Erhebungen anstellen lassen über die Zahl der Eingeborenen, die Kopfzahl der Familien, den Besitz einer Familie an Land, den Wert des Bodens usw. Sollte sich auf Grund dieser Erhebungen herausstellen, daß die Eingeborenen durch die Landverkäufe in ihrer Existenz geschädigt werden, wie es die Resolution behauptet, so werden wir zweifellos von allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen, um das zu verhindern.

v. Richthofen-Damsdorf (F.): Meine politischen Freunde sind bereit, alle Mittel zur Entwicklung der Kolonie zu bewilligen. Für die Ausgestaltung der Baumwollproduktion in Logo ist die Bahn eine Notwendigkeit. Sie müßte also, auch wenn sie nicht rentabel sein sollte, schon im Interesse der deutschen Textilindustrie gebaut werden.

Schrader (Fp.): Die Resolution Auer ist nach der Erklärung des Kolonialdirektors überflüssig. Wir sind für den Bau der Bahn. Es ist unsere Ehrenpflicht unserm Volk gegenüber, für die Entwicklung der Kolonie, die wir einmal erworben haben, zu sorgen. (Beifall bei der Freiz. Vereinnigung.)

Bartling (Z.) schließt sich dem Redner an.

Dr. Spahn (Z.): Das Reich hat ein Interesse, die Bahn zu bauen, denn dadurch wird der Reichszuschuß an die Kolonie vermindert. Außerdem wird die Baumwollproduktion in Logo dadurch gefördert.

Werner (Z.) tritt für Annahme der Kommissionsbeschlüsse ein.

Ledebour (Z.): Der Herr Kolonialdirektor ist unserer Resolution bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen, in erfreulichem Gegenjag zu einigen Diskussionsrednern. Er will nur weitere Aufklärung über die Notwendigkeit der Resolution abwarten. Nach unserer Auffassung sind die Eingeborenen auf schwerere geschädigt. Der Reichstag sollte es für seine Ehrenpflicht halten, das Interesse der Eingeborenen in der Kolonie, die hier keine Vertretung haben, wahrzunehmen. Damit schließt die Diskussion.

Das klingt wesentlich anders wie das, was das Amtsblatt aus der ersten Notiz zu machen für gut befunden hat, und es ist bezeichnend für den Geist, mit dem in der Arbeiterbewegung alle finanziellen Dinge erörtert werden, daß das harmlose Vorkommnis schon Borgmann „starke Mißbilligung“ einbrachte. Wir wollen nun abwarten, ob das Amtsblatt seine Beschuldigungen gegen Borgmann widerrufen wird.

Das polizeiliche Melderegister ist keine öffentliche Urkunde, so hat das hiesige Landgericht am 6. Februar entschieden und das Reichsgericht hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Der Dachdecker Otto Ley aus Malchin hatte in Lübeck ein Zimmer gemietet und meldete auf der Polizei sich und seine Frau an, indem er als Ausweis seine Heiratsurkunde vorlegte. Damit hatte es allerdings seine Richtigkeit, aber seine Frau wohnte damals in Malchin, und die, mit der er in Lübeck eingezogen, war eine andere. Diese andere wurde nun fälschlich im Melderegister als seine Frau vermerkt. Das Landgericht hat Ley von der Auflage der intellektuellen Urkundensichtung freigesprochen und das Reichsgericht hat die Revision des Staatsanwalts gegen dieses Urteil verworfen.

Eine wasserarme Straße scheint die Ritterstraße zu sein. Als kürzlich ein Freund unseres Blattes einem Bewohner dieser Straße einen Besuch abstattete, erbat er sich von diesem ein Glas Wasser. Trotzdem jemand zur Erfüllung dieses Wunsches bereit gewesen war, mußte er doch nahezu eine kleine Stunde warten, ehe das gewünschte Glas Wasser zur Stelle war. Als er hierüber seinem Erstaunen Ausdruck gab und die Meinung aussprach, daß das Wasser wohl erst geholt worden sei, erklärte ihm sein Gastgeber, daß die Bewohner der Ritterstraße gezwungen seien, ihr Wasser aus der Siegelstraße zu holen. Hier von seien etwa 40 Familien betroffen. Um den Grund dieses trostlosen Zustandes befragt, erklärte er, daß der Wassermangel mit dem Bahnhofsbau im engsten Zusammenhang stehe. Der Besucher legte uns bei Schilderung der Sache die Frage vor, ob dieser traurige Zustand wohl noch länger bestehen bliebe, wenn die Ritterstraße anstatt von Arbeitern von Senatoren oder sonstigen Honoratioren bewohnt sein würde. Als lokale Staatsbürger verweigerten wir dem Fragesteller natürlich die Antwort. Wir sagten nichts, wir dachten nur.

Zum Kampf der Brauereiarbeiter in Hamburg. Ueber 5 Wochen tobt nunmehr schon der Kampf im Brauergewerbe und das Ende ist noch nicht abzusehen. Der über die Brauereien verhängte Boykott wirkt außerordentlich gut. Die streikenden Brauereiarbeiter sind deshalb auch von bestem Mut besetzt. Die Unternehmer suchen mit allen erdenklichen Mitteln, um den Boykott wirkungslos zu machen, die Zufuhr von Bier abzuschnitten. Sie müßten aber zu ihrem Bedauern erleben, daß ihre Machtsprüche sich nicht über ganz Deutschland erstrecken und daß sie es nicht hindern können, daß die Zufuhr von Bier von Tag zu Tag zunimmt. Es wirkt sehr erheitend und der deutsche Sprachschatz ist nicht reich genug an Worten, womit sie dies in ihrem Sinne unkollegialische Verhalten brandmarken. Wenn Arbeiter in ähnlicher Lage dasselbe tun, dann ist das Terrorismus. Freilich, das ist Unternehmerrisiko, nach Logis das man da nicht fragen. Um für den entgangenen Absatz am Orte einen Ausgleich herbeizuführen, versuchen sie nach auswärts mehr auszuführen. Es werden deshalb besonders die Kommissionen der Gewerkschaftskartelle von Glückstadt, Lägerdorf, Isehoe, Wist, Brunsbüttel, Brunsbüttelhafen, Neumünster, Gufum, Uetersen, Elmshorn, Wilster, Krempe, Kattentirchen, Lehe, Bremerhaven, Grestemünde, Stade, Lüneburg, Rotenburg, Lauenburg, Lübeck, Warnemünde, Rostock und noch anderer Orte, wo Hamburger Brauereien Niederlagen haben, ersucht, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter davon orientiert werden. Wir erwarten, daß dieses Ersuchen allorts berücksichtigt und danach gehandelt wird.

Die Boykottkommission des Hamburger Gewerkschaftskartells, Hamburg, Hohe Viechen 30.

Von der Katharinenstraße. Bekanntlich hatten Anwohner dieser Straße in einer Eingabe an den Senat um Ueberbrückung derselben gebeten. Wie verlautet, hat der Senat dieses Gesuch der hohen Kosten wegen abgelehnt.

Die Barbierstuben sind auch vom Oberlandesgericht als offene Verkaufsstellen angesehen worden. Bekanntlich war eine Anzahl hiesiger Barbier vom Schöffengericht mit je 5 Mark Geldstrafe belegt worden, weil sie nach 8 Uhr abends noch Zigarren feilgeboten hatten. Das Landgericht schloß sich diesem Erkenntnis an. Nunmehr wandten sie sich an das Oberlandesgericht, das die beiden erstinstanzlichen Urteile bestätigte. Die Barbier brauchen

ihre Stuben, in denen sie auch Zigarren, Parfümerieartikel usw. feilboten, allerdings nicht zu schließen, es genügt vielmehr, wenn sie diese Waren durch Fortnehmen dem geschäftlichen Verkehr entziehen.

Aus dem Gerichtssaal. Ein eigenartiges Jubiläum konnte der Arbeiter S. am gestrigen Tage feiern. Er stand nämlich zum fünfzigsten Male vor den Schranken des Gerichts und zwar wegen groben Unfugs. Der Wirt M. an der Obertrave hatte sich telefonisch polizeilichen Schutz anlässlich eines Streites erbeten. Als ein Schutzmann erschien, forderte er die vor der Wirtschaft Stehenden auf, sich zu entfernen. Der Angeklagte leistete dem jedoch keine Folge, sondern bot sich dem Schutzmann in aufdringlicher Weise als Zeuge an, trotzdem dieser sich das verbat. Da dieser Vorfall inzwischen einen neuen Menschenauflauf verursacht hatte, wurde S. verhaftet und wegen groben Unfugs unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht erkannte auf fünf Tage Haft. — Einen Schwindelversuch unternahm der vorbestrafte Arbeiter Sch. dadurch, daß er sich bei einem hiesigen Kaufmann mehrere Damengarderobenstücke, die er angeblich für eine Aufführung im Kriegerverein verwenden wollte, auf Namen des Letzteren auslieh. Die Kleider ließ er dann nach der Hartengrube schicken, wo er jedoch nicht aufgefunden werden konnte, da er in einer Herberge logierte. Er wurde aber schließlich ermittelt und soll nun drei Wochen im Gefängnis über diesen Betrugsvorwurf nachdenken.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Der Arbeitsnachweis der „Jungung Bauhütte“ vermittelte im verfloffenen Monat Mai 179 Personen, darunter 12 Fremden, Arbeit. Hier von standen im Alter unter 21 Jahren 19, bis zu 30 Jahren 69, bis zu 40 Jahren 40, bis zu 50 Jahren 28, bis zu 60 Jahren 17 und bis zu 70 Jahren 6 Personen.

Die Sperre der Dachdecker über die Werkstelle von Greßmann ist infolge Anerkennung des Tarifs aufgehoben worden.

Die Notaufseuche ist unter dem Schweinebestande der Fuhrerin W. Mann in Hollenbeck ausgebrochen. Vakante Stelle. Der Baurat erläßt folgende Bekanntmachung: Gesucht zu sofortigem Eintritt: Ein Laufbursche und Kalkschreiber, welcher gut rechnen und schreiben kann. Persönliche Meldung auf dem Bureau des städtischen Wasserbauamtes unter Einreichung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, sowie der Schulzeugnisse u.

ph. Eigentumsübergang. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Schlossergeselle, welcher seinem Arbeitgeber, einem hiesigen Fahrradhändler, 27 Mark, die er durch den Verkauf zweier Fahrräder vereinnahmte, unterschlagen hatte. In seinem Besitz wurden noch 13,40 Mark gefunden. Das übrige Geld hatte er in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht. — Vor Anzeige wurde gebracht, daß in letzter Nacht ein der Firma Alb. Grube gehöriger, beim Hofhof aufgestellter Kungenwagen abhanden gekommen ist. — Aus einem hiesigen Geschäft wurde ein Paket mit 24 Stück Tischmessern gestohlen. Die Messer tragen die Bezeichnung „E. Felix, Solingen.“ — Ermittelt und festgenommen wurde der Töpfer Bopp von hier, gegen den verschiedene Anzeigen wegen Betruges, Diebstahls u. hier erstattet waren.

ph. Anzeige wurde gegen einen hiesigen Gemerbetreibenden wegen unrechtmäßiger Ausübung des Quäbeschlaggewerbes erstattet.

Zugang von Tischlern nach Mölln und Bauarbeitern nach Malente ist streng fernzuhalten.

m. Schwartau. Aus dem Gemeinderat. Der Gemeinderat hat stets seine Sitzungen in den Abendstunden abgehalten und zwar so, daß die Mitglieder desselben ohne jegliche Störung in ihrer Beschäftigung an denselben teilnehmen konnten. Auch den übrigen Bürgern der Gemeinde war es dadurch ermöglicht, den Sitzungen beizuwohnen. Nunmehr beraumt der Gemeindevorsteher Hattenbach die Sitzungen auf die Nachmittagsstunden an. In der am Freitag abgehaltenen Gemeindeversammlung wurde von Seiten der Arbeitervertreter angefragt, ob die Sitzungen nicht wieder abends abgehalten werden könnten.

Herr Hattenbach erklärte, daß eine Beschwerde bei ihm eingegangen sei und er deshalb die Sitzungen nachmittags abhalte. Ohne die Mitglieder richtig zu Wort kommen zu lassen, schloß Herr Hattenbach kurzweg die Debatte über diesen Punkt. Dieses Verhalten des Gemeindevorstehers kann nicht scharf genug gerügt werden. Obgleich die Majorität des Gemeinderats für Abendstunden ist, beraumt der Gemeindevorsteher die Sitzungen einfach auf nachmittags an und verschweigt dann ganz einfach, wer denn der Beschwerdeführer gewesen ist. Dadurch werden die Gemeindevorsteher zu der Annahme gezwungen, daß der Grund dieser Maßregel ein anderer ist, als Herr Hattenbach angibt. Jedenfalls will der Gemeindevorsteher durch sein Verhalten den Nachweis liefern, daß er sich als ein kleiner Selbstherrscher nach Barenmuster fühlt.

Gutin. Die Aussperrungswut des Unternehmers macht sich auch anlässlich des Bauarbeiterstreiks in Malente bemerkbar. Die Jungung „Bauhütte“ sagte, nachdem auch die Maurer in Malente die Arbeit aus Solidarität niedergelegt haben, am Sonnabend folgenden Beschluß: „Der Gesellenausschuß soll die ausländigen Gesellen in Malente veranlassen, daß dieselben am Montag früh die Arbeit wieder aufnehmen, widrigenfalls am Dienstag morgen sämtliche im Jungungsbezirk beschäftigten Maurergesellen, die dem Zentralverband angehören, ausgesperrt werden.“ Der offenkundige Zweck dieser Maßregel ist, die Organisation der Maurer zu vernichten. Eine Zimmerer-Aussperrung steht gleichfalls bevor. Wenn sich die Jungungsmitglieder da nur nicht die Köpfe einrennen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Den Hamburger Bauischlern ist es gelungen, auf dem Wege der Unterhandlungen mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abzuschließen, welcher gegen den seit herigen Zustand der Willkür und Regellosigkeit in bezug auf das Arbeitsverhältnis für beide Teile einen großen Vorteil bedeutet. — Die Maurer in Teßin (Weichlg. Schw.) sind am Sonnabend in den Streik getreten. Geordert werden 35 Pf. Stundenlohn, 10stündige Arbeitszeit, Bauhüte, Abort usw. Die Arbeitgeber lehnten ohne jegliche Unterhandlung die Forderung rundweg ab.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Infolge einer Explosion auf dem Hamburger Dampfer „Messina“ wurde ein Trimmer schwer, ein anderer leicht verletzt. Das Schiff, das sich auf der Reise nach dem Mittelmeer befand, mußte Brest als Nothafen anlaufen und die Ladung löschen. — In einer chemischen Waschanstalt in Hamburg entstand im Benzraum ein Feuer. Der im Raum befindliche Maschinenmeister erlitt arge Brandwunden am Kopf und an den Händen. Bei den Löscharbeiten trugen vier Feuerwehrleute leichtere Brandwunden davon. — Der Prozeß des Stadterordneten Schlotte und der Hinterbliebenen des im Altonaer Fischereihafen ertrunkenen Fischeres Teegen gegen die Stadt Altona ist jetzt auch in der Berufsstanz vor dem Oberlandesgericht in Kiel zu ungunsten der Stadt Altona entschieden worden. — Mit vollständig zerstörtem Unterkiefer und einem Schädelbruch wurde der auf der Domäne Steinhorsitz beschäftigte Arbeiter Kraft von einem Knecht auf der Landstraße aufgefunden. Kraft hatte Drog gefahren, und wird er hierbei vom Pferde gefallen sein, und die Räder des Wagens sind ihm über den Kopf gegangen. — In Michelsdorf b. Neustirchen (Holstein) wurde bei einem Feuer ein 2-jähriges Kind von der zusammenbrechenden Decke verletzt und mußte dann eines schrecklichen Flammentodes sterben. — In Einfeld (Holstein) gab ein Knecht auf seine frühere Braut 3 Schüsse ab, die aber nicht trafen. Darauf erschok er sich selbst. — Beim Baden von einem Kahn aus ertrank in Neustrelitz der Barbiergehülfe Ellerz im Bierkersee.

Beste Nachrichten.

Rosen. Krieg im Frieden! Beim Regiments-erazerier der Jäger zu Pferde sind, dem Berl. Tagbl. zufolge, Montag sechs Reiter mit Pferden gestürzt. Infolge des dichten Staubes jagte fast das ganze Regiment über die Gestürzten hinweg. Zwei Mann sind sehr schwer und vier leichter verletzt. Süß ist es, den Tod fürs Vaterland zu sterben!

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Müter
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.
Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.
Uebersführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Arbeiter-Bildungsschule

Lübeck.
Vorstands-Sitzung Freitag abends 8 Uhr im Vereinshaus.

Durch Zufall zu sofort zu vermieten
zwei Etagen
Mischeide 4.
Zu verk. ein anteq. Kinderwagen
Rosenparken 8, 1. Etage.
Ein möbl. Zimmer mit Pension
zu vermieten
Johannisstraße 43.
Gesucht sofort
ein tüchtiger Schuhmachergeselle
Süßhansen 14.

Gesunden ein künstliches Gebiß
in der Breitestraße.
Abzuholen Mittelstraße 30 a.
Fetter weißer Tüster Brackkäse
Kand 20 Pfg.
Johs. Breede, Dankwardtgrube 37.
Der Deutsche Reichstag
1903—1908.
Biographisch-statistisches Handbuch
von
Joseph Kürschner.
Sämtliche Reichstagsabgeordnete
sind nach ihren Photographien abgebildet.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Butterhandlung

Zu den drei Sternen

empfiehlt
Frische Meiereibutter 1.10 Mk.
sowie Landwurst 90—120 Pf., Land-
speck, Land-Gier 12 Stück 60 Pf.
Landschinken im ganzen und im Auf-
schnitt und den beliebten Borsdorfer
Apfelwein.
Kirchsaff, Salzgurken, Rotbeete,
Salzheringe, saure Springe u.
Heinrich Wilcken
Drögestrasse 3, am Schlachthaus.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden anlässlich des schweren Verlustes meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten insbesondere den Mitgliedern des Verbandes der Müller und der Arbeiter-Bildungsschule namens der Angehörigen meinen innigsten Dank. F. Pahl Wwe., geb. Detlev.
Unserm lieben Vater **Carl Meier**, An der Kauer 138, zu seinem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche. F. u. G.
Unserm Vater **Johann Fick** in der Köpferstraße zu seinem Geburtstag einen herzlichsten Glückwunsch. Seine Kinder.
Logis zu vermieten
Rakeburger Allee 49 a.
Logis zu vermieten
Kleine Burgstraße 25.

Schuhmacher gesucht
Süßerdamm 10.
Belohlantst.

Verloren ein braunes Portemonnaie
mit 15 Mk. Inhalt von der Fischergrube bis zum Geibelplatz Abzugeben gegen Belohnung
Böttcherstraße 10, I.

Eulen-Wichse ist unübertroffen!

Eulen-Wichse ist einzig!

Eulen-Wichse erzeugt mit einigen Bürstenstrichen tiefen Glanz!

en gros & en detail.

J. Böttcher, Friedenstraße 66.

Großer Möbel-Ausverkauf!

Wegen Vergrößerung meiner Geschäftsräume und Neubau meiner Werkstätten muß ich mein großes Lager von nur dauerh. und reell gearbeit. Möbeln auf kurze Zeit einschränken und stehen, um schnell zu räumen, billig zum Verkauf. Mache hierauf Brandl. und Möbelkäufer besond. aufmerksam. Zeitig! gerne gestattet.
H. Mohr
Möbel-Anstattungs-Gesellschaft
Engelsgrube 53, Schwandenerquers.

Heute Anfang unseres diesjährigen

Inventur - Ausverkaufs.

Ausgelegt sind:

Grosse Posten Kleiderstoffe in Voile, Noppen, Karo etc. früher 1.— Mark bis 2.00 Mark, jetzt 75 Pfg. bis 1.50 Mk.

Grosse Posten Kleider-Kattune tadellose Muster früher 50 bis 80 Pfg., jetzt nur 30 Pfg.

Grosse Posten baumwollene Kleiderstoffe waschecht früher 60 und 70 Pfg., jetzt nur 45 Pfg.

Grosse Posten Unterröcke in Percal, Alpacca, Satin etc. mit 20 Prozent Preisermässigung.

Reste Reste

in allen Artikeln mit 25 Prozent Rabatt.

Besonders aufmerksam machen wir auf unser bedeutendes Lager in **Herren - Garderoben**. Sämtliche **Buckskin-Anzüge, Paletots, Hosen** etc. sollen, um damit total zu räumen, mit 25 Prozent Preisermässigung verkauft werden.

Wir führen darin nur solide Qualitäten in vorzüglicher Verarbeitung.

Auf die nicht ausgelegten Sachen geben wir während des Ausverkaufs 10 Prozent Rabatt.

Feldmeier, Slump & Elberfeld

18 Beckergrube 18.

18 Beckergrube 18.

Empfehlungs - Karten

Die Buchdruckerei des „Lübeker Böttch“

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 17. April 1904
abends 8¹/₂ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Bahnen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Bericht der Lohnkommission.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung Zimmerer!

Verbands-Versammlung
am Donnerstag den 16. Juni d. J., abends 8¹/₂ Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung über einen zu zahlenden Extrabeitrag.
2. Sommervergnügen.
3. Bericht vom Gesellen-Ausschuss.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Bratenschmalz

bester Güte
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hürstraße 96.
Bodenzummel, Eisen, Metall und Lumpen
zahlt g. Preise. Postkarte genügt.
K. Kleinfeld, Friedenstraße 97

Variété-Universum

Heute Mittwoch:
Abschieds-Konzert
des berühmten Gesangs- und Poffen-Ensembles
Geschw. Roberti.
Von morgen den 16. Juni ab:
Auftreten neuer Spezialitäten.

Total-Ausverkauf

wegen Verlegung unseres Geschäfts nach dem eigenen Geschäftshaus **Breitestrasse 41** (Hamburger Haus).
Sämtliche auf Lager befindlichen Sommer- u. Winter-Mäntel, Kostumes, Blusen, Röcke, Jupons, Morgenröcke, Kinder-Jacken und Kleider werden ohne jede Ausnahme

zu enorm billigen Preisen

total ausverkauft.

Kein Kaufzwang. — Wir bitten um Besichtigung der Läger. — Die Ausverkaufspreise sind neben den früheren Preisen deutlich in Zahlen ersichtlich.

Gebr. Hirschfeld

Lübeck, Breitestrasse 59a.

Saarabien vor Gericht.

Trotzdem wir schon (im letzten Hauptakte) die Verurteilung Krämers zu drei Monaten Gefängnis mitteilen konnten, wollen wir es uns doch nicht versagen, noch auf die Plaidoyer des kürzeren einzugehen. Nach dem ganzen Verlaufe der Beweisaufnahme hätte man glauben sollen, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung hätte beantragen müssen; aber der Staatsanwalt ist auch Saaranwalt, und als solcher konnte er die königliche Bergwerksdirektion natürlich nicht desavouieren; er mußte ihr wenigstens den bekannten reitenden Strohalm reichen. Er führte aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Bergverwaltung ihre Arbeiter weder politisch entrechtet, noch zum Beitritt in den nationalliberalen Verein gezwungen hätte. Auch die behaupteten Maßregelungen wegen der Wahl seien nicht bewiesen. Es sei „nicht bewiesen“, daß die Maßregelungen gerade wegen der politischen Gesinnung erfolgt seien. Die Anpassung bei der Wahl könne nicht als eine unzulässige Handlung bezeichnet werden. Es stehe der Bergwerksdirektion wie jedem anderen Industriellen das Recht zu, sich über die politische Gesinnung ihrer Untergebenen zu orientieren. Das Koalitionsrecht sei nicht verletzt worden! Jeder Arbeitgeber könne unter Einhaltung rechtzeitiger Kündigung seine Arbeiter entlassen, wie es ihm bestehe. Er sei berechtigt, ihnen die Alternative zu stellen: Ihr bleibt diesen oder jenen Versammlungen fern, oder ich entlasse Euch. Der Bergarbeiterverband sei sozialdemokratisch, und da die Regierung nun einmal auf dem Standpunkt stehe, Sozialdemokraten in Staatsverwaltern nicht zu dulden, sei auch in dieser Beziehung die Haltung der Bergverwaltung berechtigt. Er beantragte, den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine-Berlin, führte aus: Der Angeklagte hat weder von Hungerlöhnen, noch von Mißbrauch der Amtsgewalt gesprochen. Er sprach nur von Mißachtung der Arbeiter, von Bevormundung, Behandlung der Arbeiter wie kleine Kinder usw. Und in dieser Beziehung sei der Wahrheitsbeweis vollständig geführt worden. Der Angeklagte habe sich in der Hauptsache an die Rede des Landgerichtsrats Marx im Abgeordnetenhaus gehalten, in der Annahme, daß dieser Herr doch auch die Sachlage zu beurteilen verstehe. Der Angeklagte habe in den Flugblättern niemanden beleidigt. Er sagte ausdrücklich: er mache keine Person, sondern nur das System, das schon seit Jahrzehnten besteht, verantwortlich. Nur den Arbeitern mache er einen Vorwurf, daß sie von dem Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen. Der Verteidiger behauptete danach in eingehender Weise die Einzelheiten der Beweisaufnahme. Die Wähler seien in geradezu unerhörter Weise beeinflusst und beobachtet worden. Wähler, von denen man annahm, sie haben den Zentrumskandidaten gewählt, wurden gemäßigert. Sie wurden bestärkt, mit Schlägen bedroht und ihnen höhnisch gesagt: „Jetzt bekommt Sie keine Unterstützung; gehen Sie zu Fuße, der ist ja Millionär.“ Das nennt man nun Arbeiterfürsorge. Der Verteidiger beantragte Freisprechung seines Klienten.

Die beiden Vertreter des Nebenklägers Hilger suchten die Glaubwürdigkeit der Zeugen in Frage zu ziehen und behaupteten sogar, daß der Angeklagte die meisten Angaben wider besseres Wissen gemacht habe. Der eine dieser tüchtlichen Saaranwälte verließ sich bis zu folgendem juristischen Seitensatz: Die Beamten hätten dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere. Die Beamten dürften sich deshalb auch bemühen, andere Leute für ihre Partei zu gewinnen. Folglich — hätte Hilger das Recht gehabt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß seine Vergleute sich der nationalliberalen Partei anschließen. Hilger selbst meinte, er könne sich kurz fassen, da seine Rechtsanwältin alle Angriffe gegen ihn wif-

sam zurückgewiesen hätten. Er wolle nur bemerken, daß er seine „vornehmste Aufgabe“ in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblicke, und daß ihm hierzu jedes Mittel recht sei. Er werde den Vergleuten auch fernerhin die Wahl lassen: Grube oder Sozialdemokratie!

Der Verteidiger bemerkte demgegenüber noch, daß er die Verteidigung nur abschwächen würde, wenn er die Unrichtigkeiten, die die Vertreter des Nebenklägers vorgebracht, widerlegen wollte. Er stellte dann noch fest, daß der Bergarbeiterverband nicht sozialdemokratisch ist und daß nach Hilger die Sozialdemokratie alles umfasse, was eben nicht hilgerisch sei! Auf die Bemerkung eines der Saaranwälte, daß Krämer nur vorgeschoben sei und die Flugblätter gar nicht verfaßt habe, versicherte der Angeklagte, selbst der Verfasser zu sein, und behauptete nochmals, daß ihm die Absicht der Verteidigung ferngelegen. Er habe keine Personen, sondern nur das System treffen wollen.

Nichtsdestoweniger wurde Krämer natürlich verurteilt. — „Von Rechtswegen“!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Schmiedestreik in Leipzig wurde für beendet erklärt, da die in den Ausstand getretenen Gesellen bis auf 9 bereits zu den geforderten Bedingungen arbeiten. — In der Röhrendampfkesselfabrik von Breda u. Co. in Schleswig sind zwischen den Inhabern und den Arbeitern Differenzen ausgebrochen. Mit etwaigen Arbeitsangeboten von dieser Fabrik wolle man deshalb vorsichtig sein. — Die Differenzen der Hafnarbeiter bei der Firma Schulz u. Co. in Magdeburg sind durch Bewilligung der Forderungen der Arbeiter beigelegt worden. — Mit dem Malerstreik in Hannover beschäftigte sich am 10. Juni das dortige Gewerbegericht als Einigungsamt. Leider scheiterte die Einigung an der Haltung der Unternehmer, die sich sträubten, den vorher bereits zugestandenen Minimallohn von 46 Pfg. pro Stunde ohne Klausel anzuerkennen. Das Einigungsamt wird also einen Schiedsspruch fällen. — Eine Bauarbeiter-Aussperrung ist in Herne in Westfalen zum 23. Juni angedroht worden. — In verschiedenen Geschäften Kölns befinden sich die Tischler im Ausstand. Größere Differenzen stehen bevor! Zugang ist daher fernzuhalten. — Die Differenzen bei Benz u. Co., Mannheim, sind durch Unterhandlungen des Arbeiterausschusses und der Direktion beseitigt worden. Die Direktion erhöhte ihr Angebot für Überstunden von 5 Pfg. Zuschlag auf 10 Pfg. pro Stunde, womit die Mitglieder des Arbeiterausschusses einverstanden waren. — In der Drahtwebererei der Firma H. Wanger in Reutlingen sind Differenzen ausgebrochen. Infolge Einführung mechanischer Werkzeuge hat die Firma einen Akkordlohn aufgestellt, bei welchem die Arbeiter in ihren Lohnverhältnissen ganz bedeutend geschädigt werden. Ferner wird versucht, das Prämienystem einzuführen. Die Arbeiter haben infolgedessen ihre Kündigung eingereicht. — Der Streik der Londoner Droschkenkutscher hat nach zehntägiger Dauer dank der guten Organisation mit einem Siege geendet. Die Kutscher haben durch den Streik täglich zwei Schilling gewonnen.

Der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe ist nunmehr auch der Verein der elsass-lothringischen Buchdruckereibesitzer beigetreten, so daß nunmehr die Tarifgemeinschaft Buchdruckereibesitzer aus sämtlichen Teilen Deutschlands umfasst.

Der 14. Verbandstag des Zentralverbandes Deutscher Brauereiarbeiter nahm Sonnabend zunächst den Bericht jener Kommission entgegen, welcher die Beratung der Anträge in Bezug auf die Anstellung von Gaubeamten oblag. Nach eingehender Debatte beschloß der Verbandstag folgende Gaueinteilung: 1. Gau: Ost- und Westpreußen,

Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien. 2. Gau: Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Fürstentum Lübeck, Hamburg, Provinz Hannover, Braunschweig, Bremen und Gebiet und Oldenburg. 3. Gau: Königreich Sachsen, Provinz Sachsen, Herzogtum Anhalt und Thüringen. 4. Gau: Bayern. 5. Gau: Württemberg, Baden, bayerische Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen. 6. Gau: Hessen, Provinz Hessen-Nassau, Waldeck, Rheinprovinz, Westfalen und Lippe-Deimold. Als Sitz der Gauleiter wurden bestimmt: 1. Posen, 2. Hamburg, 3. Leipzig, 4. Regensburg, 5. Karlsruhe, 6. Dortmund. Das Anfangsgehalt für Gau- und Lokalbeamte beträgt jährlich 1700 Mk. und steigt jährlich um 60 Mk. bis zum Höchstgehalte von 2000 Mk. Die Anstellung der Beamten erfolgt durch den Verbandstag. Bei eventuell vakanten Posen eines Gau- oder Lokalbeamten ist der Hauptvorstand berechtigt, bis zum nächsten Verbandstage einen Vertreter anzustellen. Die Kommission wurde sodann beauftragt, geeignete Vorschläge zur Besetzung der Posen zu machen. Nach Beratung jener Anträge, die sich auf den Rechtsschutz beziehen und kein öffentliches Interesse bieten, wurde beschlossen, daß in Zukunft Gauleitungen nur in dringenden Fällen und mit Genehmigung des Hauptverbandes abgehalten werden dürfen. — Der Kopf der Zeitung erhält unter dem Haupttitel: „Brauer-Zeitung“ den Zusatz: „Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen.“ — Bezüglich der Bestimmungen über Lohnbewegungen, Differenzen und Streiks soll jeder Sektion das Selbstbestimmungsrecht über die Höhe etwa zu stellender Forderungen vorbehalten bleiben. Die Streikunterstützung wird künftig schon nach dreitägiger Karenzzeit gewährt und soll pro Tag inklusive Sonntag 1,50 Mk. für Unverheiratete, 2 Mk. für Verheiratete betragen. Für jedes Kind bis zum 15. Lebensjahre sind 20 Pfg. bis zum Höchstbetrage von 1 Mk. pro Tag zu zahlen. Den unorganisierten Kollegen ist bei Beteiligung an vom Hauptvorstande genehmigten Streiks die Hälfte der Streikunterstützung zu zahlen. Mehrere Anträge wünschten eine Ablösung des im Brauereibetrieb üblichen Freitrunks anzuführen. Zugunsten einer Resolution wurden die betreffenden Anträge zurückgezogen. Die Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, lautet: „Der Verbandstag erklärt sich mit der Ablösung des Freitrunks in der Form einverstanden, daß das nicht getrunken Bier in Bar zurückvergütet wird.“ Nunmehr erstaltete die Kommission, welche die Vorschläge zur Besetzung der Gauleiterstellen machen sollte, über ihre Tätigkeit Bericht. Die Kommission machte den Vorschlag, als besoldete Gauleiter anzustellen: für den ersten Gau mit dem Sitz in Posen Barkert-Gera; für den zweiten mit dem Sitz in Hamburg Ebel-Nürnberg; für den dritten mit dem Sitz in Leipzig Stöcklein-Leipzig; für den vierten mit dem Sitz in Regensburg Schrembs-München; für den fünften mit dem Sitz in Karlsruhe Thiermer-Stuttgart und für den sechsten mit dem Sitz in Dortmund Franz-Eberfeld. Die Stellen werden in dieser Weise per 1. Oktober besetzt und die Beamten sind gehalten, der „Arbeitsgemeinschaft“ beizutreten, wobei der Verband die Hälfte der Beiträge bezahlt. Eine von München gestellte Resolution wurde in erweiterter Form angenommen, nach welcher von den Gauleitern genaue Statistiken aufgenommen werden sollen: a. an wie vielen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen im Jahre gearbeitet wird; b. wie viel Bier Sonntags ausgefahren wird; c. wie viele Stunden und an welcher Tages- und Nachtzeit gearbeitet wird; d. welche Arbeiten verrichtet werden; e. ob die betriebsführenden Brauereien diejenigen technischen Einrichtungen besitzen, um die Sonn- und Feiertagsarbeit ausfallen lassen oder auf ein geringes Minimum beschränken zu können; f. Anfang und Ende der Mälzerei und Abgabe der Betriebs-temperatur; g. wieviel Darren maschinell bearbeitet werden; h. Feststellung sonstiger ungesunder Einrichtungen in den Mälzereien. Diese Statistik soll als Grundlage dienen, um in allen Punkten eine gut begründete Petition an das

Ein armer Edelmann.

Roman von Th. Gautier.

7. Fortsetzung.

So gingen sie dahin, Einer nahe bei dem Andern. Isabella registrierte einige Verse aus ihren Rollen, welche ihr nicht behagten und die sie verbessert haben wollte, als ein absonderlicher Zwischenfall die Truppe auf der rechten Seite der Straße stellte. Die Zweige öffneten sich unter dem Vorpresingen mutiger Kasse und die junge Yolante von Foë erschien auf der Mitte des Weges in dem leuchtenden Glanz einer jagenden Diana. Die Erregung des Mittes hatte ein höheres Rot auf ihre Wangen gezaubert, ihre rosenfarbigen Hüften hoben sich, und der Busen wogte heftig unter dem Sammet und Gold ihres Mieders. Einige Risse in der langen Schleppe, einige leichte Vertwundungen an der Platte ihres Pferdes bezeugten, daß die Kühne Amazone weder Gräben noch Gefräuch achtete, obwohl das Feuer des edlen Tieres nicht erst angefaßt zu werden brauchte, auf dessen Hals weiße Schaumstöcke hingen, während die Reiterin es mit der zierlichen Gerte, deren Knopf ein prachtvoller Amethyst bildete, liebte, eine Verührung, welche genügte, um das Pferd jede Bewegung machen zu lassen, zum größten Erschaunen der drei oder vier jungen Edelleute, deren reiche Kleidung und prächtige Pferde ein würdiges Seitenstück zu der prachtvollen Erscheinung Yolantens bildeten. Die schöne Reiterin gab ihrem Pferde die Hand zum Fuß, dann eine Wendung machend, gelangte sie dicht vor Sigognac, auf den sie einen Blick voll aristokratischer Unverschämtheit schleuderte.

„Sehen Sie doch,“ rief sie den reichgekleideten Herren zu, welche sie begleiteten, „da ist der Baron Sigognac als Ritter einer Sigamerin.“

Und die Gruppe sauste vorüber, in einer Wolke von Staub verschwindend. Sigognac verspürte eine Anwandlung

von Mut und Scham, seine Hand fuhr an den Griff seines Degen, aber er war zu Fuß und es wäre Torheit gewesen, den Reiterin nachzulaufen, auch konnte er Yolante nicht zum Zweikampf fordern. Ein wehmütiger und besänftigender Blick der Komödiantin ließ ihn bald den Hohn der jungen Herrin vergessen.

Der Tag verlief ohne besondere Zwischenfälle, und gegen vier Uhr kam man in den Ort, wo gespeist und zur Nacht geruht werden sollte.

3. Das Wirtshaus zur blauen Sonne.

Es war ein Gemisch ärmlicher Hütten, welches in keiner andern Gegend den Namen eines Weilers erhalten hätte, vor dessen größtem Gebäude die Ochsen von selbst stillhielten, mit einer Art von Genugthuung die langen Schnüre Geißel abschüttelnd, die von ihren feuchten Schnauzen herabhängten.

Das Haus, vor welchem die Ochsen still hielten, und zwar mit dem den Tieren eigenen Instinkt, der sie jedes Mal den Ort wiederfinden läßt, wo sie einst Nahrung und Obdach erhielten, dieses Haus war, wie schon angedeutet, das beste Gebäude des Ortes. Es erhob sich mit einer gewissen Sicherheit am Rande der Straße, während die übrigen Hütten sich bescheiden in ihre Einsamkeit zurückzogen und ihre Nacktheit hinter einigen Zweigen verbargen. Seiner Schönheit gewiß, schien das Haus die Blicke auf sich lenken zu wollen und sein Schild streckte den Arm quer über die Sandstraße, als wollte es die Reisenden „zu Fuß und zu Pferde“ aufhalten.

Das Wirtshaus „Zur blauen Sonne“ hatte ein Fingergelb, dessen Steine teils braun, teils gelblich zu sein schienen, sie zeigten allerlei Lücken, doch durfte man annehmen, daß der Regen nicht bis in die Zimmer dränge. Das Fenster des Hauptimmers hatte Scheiben, um jene Zeit noch ein Luxusartikel in diesem Lande, und die anderen Rahmen

enthielten eine Füllung von Leinwand oder geblümtem Papier.

Ein Schuppen, der dicht an das Haus gebaut war, konnte bequem die Wagen und Tiere aufnehmen. Gerügelter Vorrat von Heu lag zwischen den Sprossen der Rippen, und einige aus Lannensbäumen gefertigte Tränken enthielten Wasser, welches die nahegelegenen Sümpfe lieferten.

Deshalb behauptete Meister Chignurri, daß auf zehn Meilen in der Umgegend kein so angenehmes und bequemes Wirtshaus gefunden werden könne; gute Speisen und Getränke, flammende Feuer, weiße Betten, tüchtliches Fischzeug — dies alles fand sich nur in der „Blauen Sonne“. Allerdings war es keine Unwahrscheinlichkeit, denn zehn Meilen ließ sich in der ganzen Umgegend kein zweites Wirtshaus entdecken.

Deswegenachtete empfand der Baron von Sigognac eine gewisse Scham, in Gesellschaft der wandernden Komödianten die Schwelle des Wirtshauses zu überschreiten. Ihm zu Ehren wollten Blasius, der Tyrann, Matamore und Leander den Baron vorangehen lassen. Isabella erriet leicht das Bedenken des Barons und näherte sich ihm schnell mit schalkhafter Miene: „Aber Herr Baron,“ rief sie, „Sie sind in Gegenwart der Frauen von einer Zurückhaltung, die wahrhaftig eifrig ist. Weshalb geben Sie mir nicht den Arm, um mich in das Hotel zu führen?“

Sigognac schredte zusammen, er beehrte sich, Isabella die Hand zu reichen, welche ihre reizenden Finger auf den schätzbaren Aermel des Barons legte. Er füllte den leisen Druck und der Mut kehrte ihm zurück, mit einer Siegermiene trat er in das Gasthaus, es war ihm gleich, wenn auch die ganze Erde ihn sah. In ganz Frankreich wird niemand lächerlich, der ein hübsches Frauenzimmer führt, er erwartet höchstens Neider.

Chignurri trat ihnen entgegen und stellte sein ganzes

